

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative
unterschreiben!

Schub für 5G

Der Mobilfunkstandard 5G hat es in der Schweiz noch schwer, der Ausbau verläuft schleppend. Die FDP und insbesondere Ständerat Hans Wicki und Nationalrat Christian Wasserfallen engagieren sich für mehr Tempo.

Seiten 12 und 13

Freihandel mit Indonesien

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien hat Pioniercharakter, da für den Export von Palmöl Nachhaltigkeitsziele vereinbart wurden. Sowohl die FDP wie auch die Jungfreisinnigen setzen sich für ein Ja am 7. März ein.

Seiten 16

Karin Keller-Sutter sagt Ja zur E-ID

Die FDP-Bundesrätin kämpft für die E-ID, über die am 7. März abgestimmt wird. Im Interview zeigt sie auf, wie der Datenschutz gewährleistet ist und was die Vorteile der Public-Private-Partnerschaft sind. Für Karin Keller-Sutter ist klar, dass das Technologieland Schweiz die E-ID braucht, um eine digitale Identifikation zu ermöglichen.

Seiten 18 und 19

Digitale DV in Bern



Delegierte sagen Ja zum Covid-19-Gesetz und Nein zu den beiden Agrarinitiativen.

Seiten 20 und 21

Neu ist immer besser?

Editorial von Hans-Jakob Boesch

Schenkt man den Werbetreibenden Glauben, dann ist neu immer besser. In der Werbung hat das seine Berechtigung, und die Wirkung zeigt sich bei gut geführten Kampagnen unter anderem in den Absatzzahlen. Das neue Jahr zählt bereits wieder einige Wochen, und ich bin der festen Überzeugung, dass der Ausspruch «Neues ist immer besser» für das Jahr 2021 für unsere aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation zutreffen wird. Wir als Partei können uns aber auch auf unsere bewährten Werte und Stärken verlassen. Wenn zusätzlich die Weichen von Bund und Kanton zielführend gestellt werden und sich die Politik lösungsorientiert zeigt, hält das Jahr 2021 viel Positives für uns alle bereit. Davon bin ich überzeugt! Das von Pandemie gebeutelte alte Jahr müssen wir schnell hinter uns lassen und kurzfristig mit einer klaren Ausstiegsstrategie, begleitet von einer zielführenden Impfstrategie, das Virus in den Griff kriegen, um uns dann mittelfristig den akuten Themen der Auswirkungen der Pandemie, namentlich der Wirtschaft und Arbeitsplätzen, widmen zu können. Wirtschaftspolitik ist unsere Kernkompetenz, welche gerade in diesen Zeiten gefragt ist, um die notwendige Stabilität wiederherzustellen und für die folgenden Jahre gewappnet zu sein. Nur in einem attraktiven Umfeld investieren die Unternehmen in neue Arbeitsplätze und generieren Wertschöpfung. Und nur mit genügend Arbeitsplätzen und einer hohen Wirt-



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

schaftsleistung ist es möglich, die Corona-Schulden noch in dieser Generation zurückzuzahlen.

Mit Beginn des Jahres 2021 starten wir zudem bereits wieder in die nächste Wahlkampfphase.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–8 Zürcher Freisinn
- 9 FDP Stäfa legt sich für die Renteninitiative ins Zeug
- 10/11 Blueprints: Wir halten unsere Taten fest
- 12/13 5G braucht mehr Schub
- 14 Vorschau auf die Frühlingsession
- 15 FDP Urban mit neuem Elan
- 16 Freihandelsabkommen mit Indonesien hat Pioniercharakter
- 17 Andrea Caroni zur Burkainitiative
- 18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 20/21 Digitale DV in Bern
- 22 Gastbeitrag von Philipp Eng
- 23 Vermischtes



Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

1. Schützen: Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

2. Entschädigen: Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

3. Impfen: Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig

zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burkainitiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

5. Forum der FDP-Ortsparteien im Bezirk Meilen

«Generationenvertrag in der Krise»

Die Altersvorsorge beschäftigt die FDP schon lange. Eben haben die Jungfreisinnigen eine Renteninitiative lanciert, die auch in der Mutterpartei viel Gehör findet. Nationalrat Beat Walti lotet den Generationenkonflikt im Hinblick auf die drei Säulen zur Finanzierung des Ruhestands mit FDP-Politikern aus dem Bezirk aus.

Trotz der Corona-Pandemie fanden sich am 10. November 2020 gut 30 Personen im Jürg-Wille-Saal im Restaurant Löwen in Meilen ein, wo sie der Livediskussion auf dem Podium folgten. Weitere 38 Teilnehmer waren über Livestream zugeschaltet und konnten mitdiskutieren.

Auf dem Podium stellten sich diesmal ausschliesslich FDP-Politikerinnen und -Politiker aus dem Bezirk den Fragen des bewährten Moderators, Nationalrat und Fraktionspräsident Dr. Beat Walti. Anwesend waren NR Andri Silberschmidt, Kantonsratsfraktionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann, Gemeinderat und Finanzexperte Philipp Weckherlin und Cyrill Mugglin, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Bezirk Meilen.

Beat Walti konfrontiert zunächst humorvoll «Alt» gegen «Jung», bevor er mit dem Podium nach Lösungen zur Finanzierung des Ruhestandes sucht. Beatrix Frey-Eigenmann anerkennt den Handlungsbedarf, weist aber auch auf die steigenden Gesundheitskosten

der älteren Generation hin. Klare Vorstellungen präsentiert Cyrill Mugglin mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen, welche eine Erhöhung des Rentenalters, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie eine Verknüpfung des Rentenalters mit der Lebenserwartung fordert. Andri Silberschmidt mahnt, dass vor allem schnell gehandelt werden sollte. Die jungen Politiker in Bern pflegten eine neue parteiübergreifende Diskussionskultur. Finanzexperte Philipp Weckherlin weist darauf

hin, dass eine Gewinnabschöpfung der Nationalbank einen wesentlichen Beitrag zur AHV leisten könnte.

Bei der Rentenfinanzierung legt Philipp Weckherlin den Finger auf die Anlagestrategie des Bundes, welche sich negativ auf die Rentabilität der Renteneinlagen auswirke. Unterschiedliche Meinungen wurden im Hinblick auf den Koordinationsabzug in der Rente geäußert, wo sich Beatrix Frey-Eigenmann ganz klar dagegen aussprach, da dieser Teilzeitarbeitende und finanziell Schwächere benachteilige.

Verschiedene Anreizsysteme zum Sparen (3. Säule) wurden diskutiert, wobei Beatrix Frey-Eigenmann mit Stolz auf die soeben vom Kantonsrat verabschiedete tiefere Besteuerung von Kapitalbezügen hinwies.

Corona-bedingt verabschiedeten sich die Teilnehmer um 21.30 Uhr ohne Apéro.

Dr. Marion Tobler-Rohr
Präsidentin FDP Hombrechtikon



Fortsetzung von Seite 1

Die kommunalen Wahlen im Frühling 2022 sind der Startschuss in die Wahljahre 2022 und 2023. Aus den Ergebnissen der letzten Wahlen haben wir gelernt und Erkenntnisse daraus gezogen. Das Wahlkampfteam auf kantonaler Ebene steht, und mit Matthias Schneider dürfen wir wiederum auf einen versierten und erfahrenen Wahlkampfleiter zählen.

Lernen Sie Matthias Schneider in unserer neuen Rubrik in dieser Aufgabe «Im Gespräch mit...» kennen. Neu ist auch, dass der Zürcher «Freisinn» neben der gewohnten Printausgabe in einer digitalen Version zusätzliche Inhalte abbildet, unter anderem meinen vertieften Ausblick zur Bewältigung der aktuellen Situation. Gerne lade ich Sie ein, den Zürcher «Freisinn» unter www.fdpzh-zuercherfrei-

sinn.ch zu entdecken und weitere Rubriken zu erkunden.

An dieser Stelle gilt aber noch mein Dank jedem einzelnen Mitglied – denn Sie sind der Schlüssel zum Erfolg. Dank Ihnen haben wir eine solide Basis und Parteistruktur und damit die Möglichkeit, uns aktiv für die freisinnigen Werte einzusetzen, den aktuellen Widrigkeiten gemeinsam die Stirn zu bieten und im Hinblick auf die Wahlen ab 2022 gemeinsam nach Kräften zu mobilisieren! Gemeinsam kommen wir vorwärts!

Liberales Grüsse

Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Einen vertieften Ausblick von Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, zur politischen Stossrichtung 2021 und zum Wahlkampf 2021 bis 2023 geben wir Ihnen gerne in der neu lancierten digitalen Ausgabe des «Zürcher Freisinn» unter www.fdpzh-zuercher-freisinn.ch oder gleich hier: Schauen Sie rein!



Hier geht's zum
digitalen
«Zürcher Freisinn»

FDP Frauen Kanton Zürich

Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung

Die Individualbesteuerung wird schon lange diskutiert. Bereits 1984 hat das Bundesgericht festgehalten, dass ein Ehepaar nicht mehr Steuern bezahlen dürfe als ein Konkubinatspaar. Und doch ist die «Heiratsstrafe» geblieben: Da bei Ehepaaren die Einkommen und Vermögen zusammengerechnet und gemeinsam besteuert werden, werden die Steuern in einer höheren Progressionsstufe fällig und sind deswegen bei einem verheirateten Paar entsprechend höher als bei einem unverheirateten Paar, das individuell besteuert wird.

Hier setzt die von den FDP Frauen Schweiz lancierte Initiative zur Einführung der zivilstands-unabhängigen Individualbesteuerung auf Bundesebene an. Sie verlangt kurz und bündig, dass in der Verfassung festgehalten wird: «Natürliche Personen werden unabhängig von ihrem Zivilstand besteuert.»

Die Einführung der Individualbesteuerung wird einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten. Dies hilft auch bei der Linderung des Fachkräftemangels. So kam die im April 2019 publizierte Ecoplan-Studie zum Schluss, dass die Einführung einer Individualbesteuerung alleine auf nationaler Ebene eine Zunahme von 19 000 Beschäftigten (Vollzeitäquivalente)



Bettina Balmer

zur Folge hätte und auf kantonaler Ebene nochmals rund 40 000 weitere Arbeitskräfte resultieren. Zwar ist mit Steuerausfällen von fast 800 Millionen Franken zu rechnen, doch sind die finanziellen Ausfälle tiefer als bei einem Splitting der Steuern, bei welchem die Löhne in einer Ehe addiert und dann durch zwei geteilt werden. Auch ist davon auszugehen, dass durch die höhere Anzahl von Erwerbstätigen zumindest ein Teil der Steuerausfälle kompensiert wird.

Wie die individuelle Besteuerung auf Bundesebene konkret umgesetzt wird, dürfte das nationale Parlament im Falle einer Annahme der Initiative wohl noch gründlich beschäftigen. Aus freisinnig-liberaler Sicht ist aber klar, dass diese Diskussion nun endlich – 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts – geführt werden muss und die Individualbesteuerung eingeführt werden sollte. Aus diesem Grund haben wir uns auch in Zürich zu einem überparteilichen Komitee zusammenschlossen und setzen uns mit viel Schwung und Energie für die Unterschriftensammlung zur nationalen Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung ein. Helfen auch Sie mit, dass diese erste eigene Volksinitiative der FDP Frauen Schweiz ein grosser Erfolg wird – vielen Dank!

Dr. med. Bettina Balmer
Kantonsrätin FDP Zürich 7 und 8,
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

www.individualbesteuerung.ch

Zürcher Komitee:
www.individualbesteuerung-zh.ch

FDP Stadt Zürich

Die Zürich City Card – eine rot-grüne Illusion

Mit der Zürich City Card (ZCC) soll der Aufenthalt von illegal in der Stadt Zürich lebenden Sans-Papiers erleichtert werden. Sie sollen besseren Zugang zu Leistungen erhalten sowie dem Zugriff der Polizei entzogen und vor der drohenden Abschiebung bewahrt werden. Dies ist problematisch.

Zunächst wird dadurch das durch den Bund erlassene Migrationsrecht ausgehebelt. Es liegt nicht in der Kompetenz des Stadtrates, den unregelmässigen Aufenthalt für quasi legal zu erklären. Das vom Stadtrat erklärte Ziel, mittels der ZCC den polizeilichen Zugriff zu erschweren, muss als Rechtsumgehung qualifiziert werden (vgl. Dufournet/Zumsteg, Gastkommentar NZZ vom 1. 2. 2021).

Zu einem ähnlichen Schluss kam auch der Regierungsrat. Dieser hält fest, dass die Hoheit für die Ausgabe von amtlichen Ausweispapieren beim Bund liegt und die ZCC einzig dort gelten könne, wo der Aufenthaltsstatus einer Person irrelevant sei (Antwort Regierungsrat auf KR-Nr. 440/2020). Die Stadtpolizei – Kantons- und Bundespolizei sind ohnehin nicht gebunden – muss folglich bei entsprechendem Anfangstatverdacht den auslän-



Mélissa Dufournet

derrechtlichen Status einer Person prüfen, selbst wenn sie sich mit der ZCC ausweist. Darüber möchte sich der rot-grüne Stadtrat hinwegsetzen.

Mit Gemeinderatskollegin Yasmine Bourgeois haben wir mittels Postulats gefordert, dass die ent-

sprechende Weisung zurückgezogen und die der ZCC zugrunde liegende Motion abgeschrieben wird, da der Zweck der Motion auf rechtsstaatlichem Weg nicht erreicht werden kann. Erwartungsgemäss ist der Gemeinderat der Dringlichkeitserklärung, welche ein unverzügliches Behandeln des Postulats erwirken sollte, nicht gefolgt.

Welche Alternativen zur ZCC gibt es? Eine Regularisierung wie in Genf ist abzulehnen, da von einer Sogwirkung auszugehen ist. Eine Einzelfallgerechtigkeit kann mittels der bestehenden kantonalen Härtefallklausel geschaffen werden. Sodann wäre den Sans-Papiers besser gedient, wenn die Stadt Zürich ihre bereits gut ausgebauten Leistungen (z. B. subventionierte Kita- und Hortplätze, Prämienverbilligungen usw.) besser bekannt machen würde, anstatt ihnen eine falsche Sicherheit vorzugaukeln. Es scheint, als wäre dem rot-grünen Stadtrat Klientelpolitik wichtiger als das Wohlergehen der Sans-Papiers.

Mélissa Dufournet
Gemeinderätin Stadt Zürich

FDP Winterthur

Winterthur verliert sich in Symbolpolitik

Als ob die Stadt Winterthur Corona-bedingt und auch sonst nicht schon genug Herausforderungen zu stemmen hätte, will sie 2021 autofreie Sonntage durchführen. Der Stadtrat findet die Idee «sympathisch», wie er in seinem Antrag an den Gemeinderat schreibt. Immerhin räumt er ein, dass er für ein Verbot von Autos auf dem gesamten Stadtgebiet weder vom Kantons- noch vom Bundesrecht die Kompetenz hat. Seine Kompetenz beschränkt sich im Wesentlichen auf Gemeindestrassen. Damit sind weitgehende Sperrungen per Verkehrsanordnungen nur mit erheblichem personellem und finanziellen Aufwand möglich.

Da staunt man. Noch kürzlich beklagte sich der Stadtrat, über zu wenig Mitarbeitende zu verfügen. Offenbar hat er genügend Personal für solche Übungen. Der Stadtrat spricht in seinem Antrag an den Gemeinderat von «Erlebnistagen», was im Zeichen der aktuellen Corona-Krise, die zweifellos noch andauern wird, verantwortungslos ist. Ausser personellem und finanziellem Aufwand wird die

Übung nichts zum gewünschten Klimaschutz beitragen, sondern ein weiteres Beispiel nutzloser Symbolpolitik sein. Zuständig für die Umsetzung sind die Stadträtinnen von SP und GLP.

Dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen, musste jüngst der rot-grüne Stadtrat schmerzlich zur Kenntnis nehmen. Die neue Finanzallianz von Mitte-rechts, die sich im Zuge des verfehlten Budgets 2021 gebildet hatte, hielt zusammen. Von SVP bis weit in die EVP hat man definitiv gemerkt, wie es um die Stadt steht. Bevor überhaupt die Beratungen begonnen haben, schickte die Finanzallianz den Budgetentwurf an den Absender zurück. Ein beispielloser Vorgang in der Geschichte Winterthurs und wohl im ganzen Kanton, aber angesichts der ursprünglich beantragten Steuerfusserhöhung von 7 Prozent die einzig richtige Reaktion. Der neue Budgetentwurf ist im Januar und Februar beraten worden. Links-Grün wollte Millionen mehr Ausgaben tätigen, lief aber ins Leere. Die Allianz verteidigte, worauf sie sich geeinigt hatte. Das An-



Dieter Kläy

fang Februar verabschiedete Budget ist kein Lichtblick, aber immerhin passabel.

«Wir haben einen Plan», hiess es 2018 von SP und Grünen vollmundig. Immer deutlicher zeigt sich, dass dieser «Plan» – so er denn überhaupt existiert und sich nicht nur aufs Geldausgeben beschränkt – scheitert und die Legislatur 2018 bis 2022 eine verlorene sein wird.

Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur

Abstimmung

Richtungsweisende Abstimmung für das Exportland Schweiz

Am 7. März 2021 stimmt die Schweiz über das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit Indonesien ab. Dieses bietet Schweizer Unternehmen neue Perspektiven. Mit dem Abbau von Zöllen ergeben sich neue Investitionsmöglichkeiten. Ausserdem sichert sich die Schweiz einen privilegierten Zugang zu einem stark wachsenden Absatzmarkt.

Als Exportnation ist die Schweiz besonders in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten auf offene Märkte angewiesen. Das Abkommen mit dem aufstrebenden Indonesien ist für die Schweizer Exportindustrie eine grosse Chance. Die Ratifikation dieses Abkommens ist richtungsweisend für weitere Abkommen mit wichtigen Absatzmärkten.

Inselstaat mit enormem Wachstumspotenzial

Mit dem Freihandelsabkommen zwischen Indonesien und den EFTA-Staaten (Schweiz, Island, Liechtenstein, Norwegen) werden Zölle abgebaut und technische Handelshemmnisse beseitigt. Damit ist das Abkommen für die Schweizer Exportwirtschaft von strategischer Bedeutung. Experten schätzen, dass Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen wird. Mit dem Abkommen können sich Schweizer Firmen

bereits jetzt den Zugang zu den 267 Millionen potenziellen Neukunden in Indonesien sichern.

Stärkung des nachhaltigen Handels

Gegner des Abkommens wollen ein Zeichen setzen gegen die extensive Palmölwirtschaft Indonesiens. Dabei übersehen sie, dass mit zwei Containern gerade mal 0,0001 Prozent des gesamten indonesischen Palmöls in die Schweiz exportiert wird. Und noch viel wichtiger: Das Abkommen enthält verbindliche Verpflichtungen in Bezug auf Nachhaltigkeit: Nur eine kontingentierte Menge an nachweislich nachhaltig produziertem Palmöl kann von den Zollbegünstigungen profitieren. Ausserdem müssen Importeure zwingend Nachhaltigkeits- sowie Lieferkettensertifikate vorlegen. Dieser Mechanismus hat auch anfängliche Kritiker dazu bewogen, das Abkommen zu befürworten.

Wettbewerbsvorteile für Schweizer Exportwirtschaft

Weiter werden durch den Schutz geistigen Eigentums die Rechtssicherheit und die Transparenz für internationale Investitionsmöglichkeiten erhöht. Das ist gerade für die innovationsgetriebene Exportindustrie der Schweiz von besonderem Interesse, denn die ausgehandelten Bestimmungen stärken die Stellung von Schweizer Unternehmen im globa-



Regine Sauter

len Wettbewerb. Mit dem Freihandelsabkommen erhält die Schweizer Wirtschaft wichtige Wachstumsimpulse und sichert sich einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil gegenüber der EU oder den USA, die über kein derartiges Abkommen mit Indonesien verfügen. Um auch in Zukunft eine starke Stellung im internationalen Handel einnehmen zu können, muss sich die Schweiz breit vernetzen. Deshalb braucht es ein JA zu stabilen Beziehungen mit ausländischen Handelspartnern und damit ein JA zum Freihandelsabkommen mit Indonesien.

Regine Sauter, Nationalrätin FDP ZH

Anpassung Sozialhilfegesetz – Sozialdetektive

Nein zur Mogelpackung

Die vorgesehene Änderung im Sozialhilfegesetz ist eine Mogelpackung. Sie würde Observationen und unangemeldete Besuche faktisch verunmöglichen. Daher braucht es am 7. März 2021 ein Nein.

Die Sozialhilfe ist im kantonalen Sozialhilfegesetz (SHG) geregelt. Das derzeit geltende Sozialhilfegesetz regelt das Thema der Observationen nicht explizit. Die FDP griff dies im Kantonsrat auf und wollte zusammen mit zwei bürgerlichen Parteien eine klare rechtliche Grundlage für den Einsatz von Sozialdetektiven schaffen.

In der Folge wurden jedoch durch das Parlament griffige Mittel aus dem ursprünglichen Vorschlag gestrichen. Namentlich wurden unangemeldete Augenscheine sowie der Einsatz von Mitteln zur Standortbestimmung (GPS-Tracker) verboten. Weiter wurde die Pflicht aufgenommen, jede einzelne Observation vorgängig durch den Bezirksrat bewilligen zu lassen. Dieses Bewilligungsverfahren würde jeweils zu Verzögerungen von mehreren Wochen führen und Observationen in vielen Fällen nutzlos machen. Das Gesetz in der jetzigen Form ist ein nutzloser Papiertiger. Zwar wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, welche jedoch weitgehend wirkungslos ist. Dies ist abzulehnen. Die

kantonale Regelung steht im Übrigen auch im Widerspruch zur eidgenössischen Gesetzesgrundlage im ATSG, welche das Schweizer Stimmvolk im November 2018 mit deutlicher Mehrheit annahm.

Die Gemeinden, welche für die Organisation und Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig sind, haben dies durchschaut. So haben 49 Gemeinden das Referendum ergriffen, weshalb nun die Stimmbevölkerung abstimmen darf. Die Gemeinden sind im Bereich der Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch auf wirkungsvolle Instrumente angewiesen. Dazu gehören in Ausnahmefällen (z.B. zur Aufklärung nicht deklarerter Lohneinnahmen oder unklarer Wohnsituationen) auch Observationen und unangemeldete Besuche. Zentral ist, dass solche Massnahmen in Verdachtsfällen rasch angeordnet werden können. Sie verfehlen sonst ihre Wirkung. Überwachungen sollen, wie bis anhin, von den demokratisch gewählten kommunalen (Sozial-)Behörden angeordnet werden dürfen. Missbrauchsbekämpfung schützt letztlich alle



Philipp Müller

Steuerzahlenden und stellt die Integrität der Sozialhilfe sicher. Mit einer Ablehnung der vorgeschlagenen Gesetzesänderung wird die Chance zur Erarbeitung einer effektiven und für die Gemeinden brauchbaren kantonalen Gesetzesgrundlage geschaffen. Bis dann steht es den Gemeinden frei, Observationen kommunal zu regeln.

Philipp Müller
Stadtrat Dietikon, Vorsteher Sozialabteilung

Volksinitiative der SVP

«Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»

Gibt die Kantonspolizei Zürich heute eine Meldung heraus, erwähnt sie darin die Staatsangehörigkeit von Tätern, Tatverdächtigen und Opfern. Von der Stadtpolizei Zürich hingegen erhält man diese Angabe nur auf Nachfrage hin.

Die SVP verlangt nun mit einer Volksinitiative die Bekanntgabe nicht nur der Nationalität, sondern auch eines allfälligen Migrationshintergrundes. Das geht zu weit. Wer einen Schweizer Pass hat, ist Schweizer/-in, egal woher er oder sie ursprünglich stammt. Der Gegenvorschlag der Regierung zur Volksinitiative überzeugt hingegen. Dieser sieht vor, die heutige bewährte Praxis der Kantonspolizei im Polizeigesetz festzuschreiben. Alle kantonalen Polizeikorps sollen bei Polizeimeldungen die Staatsangehörigkeit von Tatverdächtigen und Opfern angeben, nicht aber einen Migrationshintergrund. Damit wird dem Anspruch der Bevölkerung, möglichst transparent über Straftaten informiert zu werden, Rechnung getragen. Die offene Kommunikation trägt auch dazu bei, Vorurteilen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen vorzubeugen und Spekulationen zu verhindern. Eine

Mitteilung erfolgt nämlich auch dann, wenn ein Tatverdächtiger Schweizer ist.

Die Delegierten der FDP Kanton Zürich haben deshalb die Volksinitiative abgelehnt und dem Gegenvorschlag zugestimmt.

Linke Kreise fordern die Ablehnung sowohl der Volksinitiative als auch des Gegenvorschlags. Sie zielen darauf ab, die Nennung von Nationalitäten in Polizeimeldungen gänzlich zu verhindern. Was aber würde ein Nein zum Gegenvorschlag diesbezüglich bringen? Gar nichts. Medienschaffende würden wie bereits heute weiterhin bei jeder Meldung der Stadtpolizei Zürich die Staatsangehörigkeit von Täter und Opfer anfragen und diese Information auch erhalten. Dieser unnötige bürokratische Zwischenschritt, um an die gleichen Informationen wie bei Meldungen der Kantonspolizei zu gelangen, würde beibehalten.



Angie Romero, Kantonsrätin

Nutzen Sie die Gelegenheit, um nichts bringende Bürokratie abzubauen, und stimmen Sie Nein zur Volksinitiative und JA zum Gegenvorschlag.

Angie Romero, Kantonsrätin

FDP-Kantonsratsfraktion

Neues Jahr, neue Chancen

Sonja Rueff und Stephan Weber haben in der Kommission für Planung und Bau einen breit abgestützten Gegenvorschlag zur Naturinitiative erarbeitet. Dieser ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich tragbar. Im Wesentlichen forderten wir eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kanton und Grundeigentümern bei Projekten, um die Wirksamkeit und Effizienz zu verbessern. Zudem sollen die hohen Fondseinlagen einer klar verbesserten Erfolgs- und Effizienzkontrolle unterstellt werden. Die gestaffelte Erhöhung der Einlagen trägt der aktuell schwierigen Finanzlage Rechnung. Mit dem Gegenvorschlag konnten wir für unsere Ziele im Bereich Biodiversität Nägel mit Köpfen machen.

Weiter erreichten wir endlich eine Anpassung bei der Besteuerung des Kapitalbezugs von Vorsorgegeldern. Im Kanton Zürich werden jährlich

Kapitalleistungen von über 3 Milliarden Franken bezogen. Die Besteuerung ist im Vergleich zu anderen Kantonen vor allem für grosse Bezüge sehr hoch. Dies führt nicht nur zur steuerlichen Benachteiligung gegenüber Rentenbezüglern, sondern auch zu zahlreichen Wegzügen mit einem Verlust von Steuersubstrat im Kanton Zürich. Gestützt auf einen Vorstoss von Andreas Geistlich, hat der Regierungsrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, mit dem die Attraktivität des Kapitalbezugs gesteigert, Steuereinnahmen gesichert und die eigenverantwortliche Vorsorge gestärkt wird.

Weiterhin beschäftigt uns die Finanzierung der Corona-Krise. Die Situation hat sich mit dem teilweisen Shutdown für viele Betriebe klar verschärft. Um Arbeitsplätze zu retten, die ohne Covid nicht in Gefahr wären, hat sich die Fraktion für ein zweites Härtefallpaket eingesetzt. Mit der



Beatrix Frey-Eigenmann

Abstimmungen vom 7. März 2021
Parolen kantonale Vorlagen

- ✓ **Verfassung des Kantons Zürich**
(Änderung vom 17. August 2020; Anpassung Grenzwerte)
- ✗ **Sozialhilfegesetz (SHG)**
(Änderung vom 15. Juni 2020; Klare rechtliche Grundlage für Sozialdetektive)
- ✗ **Kantonale Volksinitiative**
«Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»
- ✓ **Gegenvorschlag des Kantonsrates Polizeigesetz (PolG)**
(Änderung vom 9. März 2020; Nennung der Nationalität bei Polizeimeldungen)

Ermächtigung des Regierungsrats, Kriterien und Zuteilung künftig selbst nach Bundesvorgaben anzupassen, wird ein rasches Handeln möglich. Dies ist wichtig, um den Betrieben Planungssicherheit und eine Perspektive zu geben. Bereits jetzt macht sich die Fraktion aber auch Gedanken darüber, wie dieser Covid-Schuldenberg wieder abgebaut werden kann. Im Vordergrund stehen die rasche Revitalisierung der Wirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Einkommen und Steuersubstrat sowie eine restriktive Finanzpolitik mit Ausgabenbremse und Priorisierung von Investitionen in Bereiche, die nachhaltig Mehrwert schaffen.

Beatrix Frey-Eigenmann
 Fraktionspräsidentin

FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER
Lukas-Walther.ch
 SCHULPRÄSIDENT LETZI
 AM 7. MÄRZ 2021

FDP
 Die Liberalen

7. März 2021

Susanne Pflüger
 wieder als Friedensrichterin
 im Kreis 7/8
 «Weil Erfahrung und Kompetenz
 unbezahlbar sind.»

BISHER

susanne-pflüger.ch



Im Gespräch mit ...

Matthias Schneider, Wahlkampfleiter

Du bist seit beinahe drei Jahren im Vorstand der FDP Kanton Zürich. Wie bist du zur FDP oder generell gefragt in die Politik gekommen, und was reizt dich daran? Ich glaube an das Unternehmertum mit starker lokaler Verankerung, an schlanke Gesetze und Richtlinien sowie einen notwendigen, aber effizienten Staat. Zudem steht für mich die Verantwortung im Zentrum: Eigenverantwortung sich selber, seinen Mitmenschen und der Umwelt gegenüber. Mit diesem Gedankengut fühle ich mich politisch am besten bei der FDP aufgehoben. Zudem haben wir in der Schweiz ein grosses Privileg. Wir können die politischen Entscheidungen aktiv mitgestalten. Durch meine Mitgliedschaft bei der FDP möchte ich von diesem Privileg Gebrauch machen.

Du stellst dich ein weiteres Mal als Wahlkampfleiter für die Wahlen 2022 bis 2023 zur Verfügung. Was ist deine Motivation? Neben dem bereits erwähnten bin ich als langjähriger Public Affairs und Kommunikationsprofi speziell interessiert an der politischen Kommunikation. Diese Faszination kann ich als Wahlkampfleiter voll und ganz ausleben. Es macht mir auch grosse Freude, Projekte zu leiten, bei denen vielerlei Interessen zu berücksichtigen und zu koordinieren sind. Zudem bereitet mir die Arbeit mit einem tollen und sehr motivierten Team grossen Spass.

Die nächsten Wahlen stehen vor der Türe, welche Vorbereitungen gilt es nun bereits zu treffen, oder wo steht ihr im Prozess? Tatsächlich sind das kleine Wahlkampfteam und ich schon seit geraumer Zeit intensiv an den Vorbereitungsarbeiten. Vor wenigen Tagen wurde unsere überdachende Wahlkampfstrategie vom Vorstand verabschiedet. Als Nächstes geht es darum, einen Agenturwettbewerb durchzuführen. Die Gewinnerin dieses Prozesses wird zusammen mit uns das detaillierte Wahlkampfkonzept mit allen entsprechenden Kommunikationsinhalten und -aktivitäten erarbeiten und finalisieren. Bis Mitte Jahr muss alles fixfertig bereitstehen, damit wir zusammen mit allen FDP-Parteimitgliedern mit dem Wahlkampf beginnen können. Wir sind voll auf Kurs, und ich bin überzeugt, dass wir einen starken Wahlkampf machen werden.

Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen dich ganz speziell? Die Wechselwirkung zwischen Freiheit und Verantwortung. Immer öfter habe ich den Eindruck, dass der Verantwortung, die wir alle gegenüber unseren Mitmenschen und der Umwelt tragen, nicht immer genügend Rechnung getragen wird. Das schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, was zu gefährlichen Entwicklungen führen kann, die uns alle schädigen können. Die Ära Donald Trump hat uns gezeigt, wie schnell es ge-

hen kann, dass eine anscheinend grundsätzliche Demokratie in Schieflage gebracht werden kann. Das hat vor allem auch mit ungenügender Eigenverantwortung und einem zu schwachen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu tun.

Welches sind die Werte, die dir persönlich am wichtigsten sind? Verlässlichkeit, Ehrlichkeit, Gemeinsinn und ein guter Sinn für Humor.

Wie schaffst du den Ausgleich zwischen Privatperson, Beruf und Politik? Ich habe das grosse Glück, dass ich das, was ich beruflich und in der Politik mache, gerne tue. Es macht mir grossen Spass, spannende, aber auch komplexe Projekte zusammen mit vielen verschiedenen Menschen zu realisieren. Das gibt mir Kraft und Energie. Auftanken kann ich zudem gut in der Freizeit mit meiner Familie und Freunden, beim Sport oder Reisen und ab und zu als DJ.



Gibt es ein Motto, welches dich durch dein Leben begleitet? Lebe im Jetzt, mach das Beste aus jedem Tag und sei dir dessen bewusst, dass du ein Teil von etwas Grösserem bist.

Wir danken dir für das Interview und den Einblick!

Matthias Schneider (50) ist verheiratet, Vater von zwei Töchtern und lebt in Uetikon am See. Er ist GL-Mitglied von Coca-Cola Schweiz, in der er den Bereich Public Affairs, Kommunikation und Nachhaltigkeit leitet. Die Freizeit verbringt er gerne mit seiner Familie und Freunden, treibt Sport und reist wenn immer möglich. Seine grosse Passion zu Musik lebt er auch durch gelegentliche Auftritte als DJ.



Unterschriftenjagd am Zürichsee

FDP Stäfa sammelt 200 Signaturen in kurzer Zeit

Damit die Renteninitiative das Sammelziel von 100 000 Unterschriften erreicht, braucht es auch die Mithilfe der Ortsparteien. In Stäfa haben sich Ortsparteipräsidentin Ursula Tschanz und ihre Mitstreiter mit Erfolg auf die Strasse gewagt.

Die Renteninitiative, die von den Jungfreisinnigen initiiert wurde, hat in den letzten Wochen stark an Fahrt gewonnen. Mittlerweile sind rund 65 000 Unterschriften gesammelt worden und das Ziel rückt näher. Neben den Sektionen der Jungfreisinnigen zählen die Initianten auch auf das Engagement der Ortsparteien. Diese können sich von den Kantonalsektionen oder vom Initiativkomitee instruieren lassen und unkompliziert loslegen. Ein gutes Beispiel dafür ist die FDP Stäfa. Die Ortspartei vom Zürichsee ging im Januar und im Februar zweimal auf die Strasse und sammelte erfolgreich Unterschriften. Für die Ortspartei sei dies eine tolle Erfahrung gewesen, sagt Präsidentin Ursula Tschanz: «Dank der Organisation unserer Aktuarin Corina Bubb waren wir mit Stellwänden, Tischen und Unterlagen ausgerüstet. Zusammen mit dem guten Standort beim Eingang eines Detailhändlers hatten wir optimale Voraussetzungen.»

Pandemie ist kein Hinderungsgrund

Die Mitglieder der FDP Stäfa, die im Einsatz standen, machten aus der Unterschriftensammlung einen internen Wettbewerb und liessen niemanden

ohne direkte Ansprache passieren. «Es braucht einen gewissen Sportsgeist, damit die Zeit gut genutzt wird und die Leute tatsächlich unterschreiben», erzählt Tschanz. Bis die Stäfnerinnen und Stäfner tatsächlich unterschrieben, war teilweise einiges an Überzeugungsarbeit nötig. Tschanz und ihre Mitstreiter erklärten die Stossrichtung der Renteninitiative und weshalb so viel Handlungsbedarf herrscht. «Viele Passanten schätzten den Austausch sehr und wir wurden auch für unsere Präsenz gelobt. Insbesondere die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau stiess auf Interesse», so Tschanz. Die Reaktionen hätten gezeigt, dass eine Unterschriftensammlung nicht nur der Initiative hilft, sondern auch der Partei Sichtbarkeit verschafft. «Für den Erfolg müssen sich die Freisinnigen auf die Strasse begeben, den Dialog suchen und Engagement zeigen», lautet die Bilanz der Ortsparteipräsidentin. Auch Corona sei nicht zwingend ein Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Unterschriftensammlung, ist Tschanz überzeugt: «Die Leute kamen teils mehrmals vorbei und freuten sich, über ein anderes Thema zu sprechen und sind hungrig nach Gesprächen und



Ursula Tschanz initiierte die Unterschriftensammlung.

Informationen. Selbstverständlich muss man sich seriös vorbereiten und alle Schutzmassnahmen einhalten.»

Passende Argumente vorbringen

In Stäfa konnten Tschanz und ihr Team eher ältere Personen für das Thema Altersvorsorge sensibilisieren. Das sei etwas enttäuschend gewesen, schliesslich sind ja gerade Junge von einer überschuldeten AHV stark bedroht. Die Erfahrung auf der Strasse habe auch gezeigt, dass man je nach Ansprechperson andere Argumente in den Vordergrund stellen muss. «Einigen sieht man schon an, ob sie eher auf finanzpolitische oder sozialpolitische Argumente ansprechen, und meistens stiessen wir damit auf Interesse», erzählt Tschanz lachend. Die FDP Stäfa hat an ihrem Engagement Gefallen gefunden und wird sicher auch am 27. März wieder Unterschriften für die Renteninitiative sammeln. Präsidentin Ursula Tschanz kann die Erfahrung anderen Sektionen deshalb nur weiterempfehlen und appelliert an die Ortsparteien: «Nutzt diese Chance. Der Aufwand ist gering, es fördert den Zusammenhalt in der Partei und macht erst noch Spass.»

Marco Wölfli

Darum geht's bei der Renteninitiative

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will die Altersvorsorge nachhaltig finanzieren. Dafür sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. Gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie z. B. bei der Mehrwertsteuer.



Folge der blauen Linie

Neue Plattform [Blueprints.ch](http://blueprints.ch)

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandesaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website www.blueprints.ch listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die

Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

Blick ins Jahr 1986

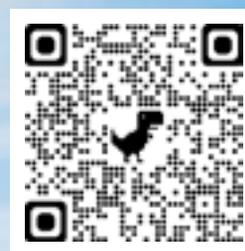
Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.

Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse info@blueprints.ch gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO₂-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

Ja zum CO₂-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO₂-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO₂-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.





Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen

kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen

autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso

Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

«Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G?

Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

Was bringt 5G der Schweiz? Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

Wie profitieren Privatpersonen? Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technologie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so über-

all arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren?

Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen? Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

Was muss jetzt passieren? Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich



5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz?

Wenn man tatsächlich vorwärtskommen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheidungen liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

Interview: Marco Wölfli



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf die unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblo-

ckierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

Marco Wölfli



Weg zurück zur Normalität

Frühlingsession vom 1. bis 19. März

Die Frühlingsession scheint, zumindest was die traktandierten Geschäfte anbelangt, ein Schritt zurück zur Normalität zu sein. Auch wenn es diese Session einige Corona-bedingte Vorlagen zu beraten gilt, liegt der Fokus wieder stärker auf den restlichen politischen Brennpunkten – ein gutes Zeichen.

Nun bereits ziemlich genau seit einem Jahr hat uns die Corona-Krise fest im Griff und es scheint kaum ein Ende zu nehmen. Auch wenn mit der gestarteten Impfkampagne ein Ausweg absehbar ist, ist unser Alltag weiterhin stark eingeschränkt und es fühlt sich alles andere als normal an. Schaut man sich jedoch an, was uns in der kommenden Frühlingsession erwartet, sieht man Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück zur Normalität zeigt sich u. a. bei der Traktandierung vieler Volksinitiativen wie der Justizinitiative, der Initiative für das Verbot von Tabakwerbung oder die 99%-Initiative der Juso, die viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Inhaltlich gibt es aber noch einige andere Schwerpunkte, die für die FDP von grosser Relevanz sind:

Vorsorge

Nach der zweimaligen Verschiebung der Beratung der AHV 21 in der Herbst- und Wintersession 2020 steht der Erstberatung im Ständerat in der Früh-

lingsession hoffentlich nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenerhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemachen.

Transparenz

Der Ständerat hat in der Wintersession den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative aus seiner Staatspolitischen Kommission verabschiedet. Auf Antrag der FDP (SR Müller) wurden die Offenlegungspflichten für Kampagnenkomitees verschärft. Im Gegensatz zu den Initianten der Trans-

parenzinitiative, die vor allem die politischen Parteien und die grossen Komitees (der Wirtschaft) treffen wollen, will die FDP für gleich lange Spiesse unter allen politischen Akteuren sorgen. Im Nationalrat wird es nun darum gehen, diesen Erfolg zu wiederholen und mit einigen Präzisierungen z. B. bei der Offenlegung von Mandatsabgaben eine Mehrheit zu erreichen. Zumindest die Beschlüsse aus der vorberatenden Kommission stimmen optimistisch.

Agrarpolitik

In beiden Räten wird es in der Frühlingsession zu wichtigen Beschlüssen zur Zukunft der Agrarpolitik kommen. Im Nationalrat ist die AP 22+ traktandiert, die die zukünftige Strategie in der Agrarpolitik definieren soll. Nachdem der Ständerat im Winter die Sistierung beschlossen hat, muss sich nun die grosse Kammer zur gleichen Frage positionieren. Im Ständerat liegt der Fokus auf dem informellen Gegenvorschlag zu den beiden Agrarinitiativen (Trinkwasser, Pestizidverbot). Bei der Differenzbereinigung stehen vor allem die Offenlegungspflicht bei Dünger und Futtermittel sowie der Schutz der Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen im Fokus. Die Vorlage ist speziell mit Blick auf die Volksabstimmungen zu den beiden Agrarinitiativen im Sommer 2021 von grosser Relevanz.

Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



Für eine liberale Stadtpolitik

FDP Urban will 2021 Netzwerk vergrössern

Die Berner haben gerufen, und viele sind gekommen. Letzten Herbst führte FDP Urban im Raiffeisenforum Bern, in unmittelbarer Nähe zum Bundeshaus, den Parlamentarianerlass 2020 durch. Die verschiedenen Referenten zeigten auf, welche Herausforderungen sich in den Städten der Zukunft stellen.

Das Auftaktreferat von Paul Schneeberger vom Schweizerischen Städteverband zum Thema «Wie verändert das Coronavirus die Mobilität?» führte zu einer regen Diskussion unter den liberalen städtischen Politikerinnen und Politikern aus der ganzen Schweiz. Gemäss Schneeberger braucht es vermehrt umfassende Mobilitätskonzepte. Die Heimarbeit dürfte in der Dienstleistungsindustrie von der Ausnahme zur Regel werden, und obwohl der kollektive Verkehr das Rückgrat in den Metropolräumen bleiben wird, ist die Zukunft der übrigen Mobilitätsgrundversorgung völlig offen. Schneeberger plädierte dafür, die Vergangenheit nicht einfach fortzuschreiben, sondern in Szenarien zu denken und Experimente und Reallabors zu wagen. Wir müssen uns politisch in den Städten auf weitere «Umverkehrsinitiativen» («Bäume statt Asphalt») einstellen, die eine gute Erfolgchance haben dürften. Elisabeth Glas (Zug) und Andreas Zappalà (Basel) ergänzten die Ausführungen zur Mobilität mit Gedanken zu einem «Post-Corona-

Stadtmodell» zum Wohnen in der Stadt nach der Pandemie.

Referat zu 5G

Stefan Kilchenmann, Leiter Public Affairs Swisscom, führte unter dem Titel «Konnektivität» in die Diskussion um 5G als Telekommunikationsstandard der Zukunft ein und beleuchtete die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen. Zu 5G hat die FDP Urban-Arbeitsgruppe «Smartest Stadtleben» unter der Leitung von Elisabeth Schoch (Zürich) mehrere parlamentarische Vorstösse ausgearbeitet, die schweizweit in die politische Diskussion eingebracht werden sollen. Es geht um die Förderung des 5G-Ausbaus, die Aufklärung der Bevölkerung über die Chancen und Risiken der neuen 5G-Technologie und die Forcierung kantonaler Anstrengungen rund um diese neue Technologie.

Im dritten Teil referierten Raphael Tobler, CEO der Eduwo und Präsident der Swiss Startup Asso-

ciation, und Urs Hofer (Winterthur) über die Standortförderung der Zukunft. Die von Urs Hofer in Winterthur lancierte und vorgestellte Idee eines Start-up-Fonds wurde rege und kontrovers diskutiert, namentlich zur Rolle des Staates. Auch hierzu wurde ein parlamentarischer Vorstoss vorbereitet.

FDP Urban-Netzwerk soll wachsen

Der Anlass machte deutlich, wie wichtig überregionale Diskussionen unter den FDP-Stadtvertreterinnen und -vertretern sind und welchen Nutzen wir gegenseitig aus unseren Erfahrungen ziehen können. FDP Urban spielt diesbezüglich eine wichtige Scharnierrolle zwischen den politischen Akteuren in den grossen Schweizer Städten.

Für das Jahr 2021 haben sich die Mitglieder von FDP Urban zum Ziel gesetzt, die Vernetzung zwischen den grössten Schweizer Städten weiter zu fördern – mittels gemeinsamer Vorstösse, der Weiterentwicklung der Kernthemen und der Organisation von Anlässen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz intensiviert und das FDP Urban-Netzwerk durch weitere Städte ergänzt werden – insbesondere Richtung Romandie.

Roger Dornier und Raphaël Karlen
Leitungsgremium FDP Urban

Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiative, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz FDP Urban gegründet. Mitwirkung ist für alle Interessierten möglich in unseren Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: «Mobilität der Zukunft», «Urbanes Wohnen», «Kreativ-Produktive Stadt» und «Smartest Stadtleben».
www.fdp-urban.ch



Ja zu Freihandel und Nachhaltigkeit

Vorteilhaftes Freihandelsabkommen mit Indonesien

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung erstmals über ein Freihandelsabkommen. Das vorliegende Wirtschaftspartnerabkommen der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) mit Indonesien ist das Resultat erfolgreicher Verhandlungen, die massgeblich durch unseren früheren Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann geprägt wurden. Es beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsziele und setzt einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für den internationalen Handel.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien bedeutet ein Meilenstein in der Geschichte des internationalen Freihandels. Es ist ein umfassendes Wirtschaftspartnerabkommen, das nicht nur die Zölle senkt, sondern auch Bestimmungen zu technischen Handelshemmnissen, Dienstleistungen, gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, zum Handel mit Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie zur Streit-schlichtung beinhaltet. Wegweisend sind die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen zum Palmöl.

Noch in den letzten Amtstagen als Wirtschaftsminister ist unser damaliger Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich nach Jakarta gereist, um dieses Freihandelsabkommen erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Weder die EU noch die USA kennen ein Freihandelsabkommen mit einem der grössten aufstrebenden Länder Südasiens. Für die EFTA-Staaten inklusive der Schweiz bedeutet dieses Abkommen denn auch einen grossen Fortschritt in ihrer Aussenhandelspolitik: verbesserter Marktzugang für Waren und Dienstleistungen sowie Rechtssicherheit. Unter dem Strich dürfte für die Schweiz – neben allen anderen Vorteilen – eine Einsparung von rund 25 Millionen Franken Zollgebühren resultieren.

Bereinigung der Hauptkritikpunkte

Durch eine neue Regelung ist es von nun an möglich, gegen Standardfreihandelsabkommen ein Referendum zu lancieren. Dieses wurde von einem Bürgerkomitee ergriffen und von einigen NGO und protektionistischen bäuerlichen Kreisen unter-

stützt. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Palmölproduktion. Indonesien ist zurzeit der grösste Produzent von Palmöl weltweit. Um zu vermeiden, dass billig und nicht nachhaltig hergestelltes Palmöl in die Schweiz importiert wird, wurden erstmals in einem Standardfreihandelsabkommen völkerrechtlich verbindliche Nachhaltigkeitsziele und -bestimmungen festgelegt. Die griffigen Ausführungsbestimmungen in der entsprechenden Verordnung liessen nun auch linke Kreise ihre zunächst ablehnende Haltung neu definieren, denn sie haben erkannt, dass dieses Abkommen den einen neuen «Goldstandard» für den weltweit nachhaltigen Handel bilden kann und soll. Die Kritik von bäuerlicher Seite, dass der erleichterte Import von Palmöl einen negativen Einfluss auf die einheimischen Ölsaatenproduktion haben könnte, wurde ebenfalls in den Verhandlungen aufgenommen und mit einer Kontingentierung beantwortet. Das Abkommen führt aufgrund der Nachhaltigkeitskapitel und der Kontingentierung von Palmöl zu keiner Konkurrenz für die Schweizer Rapsölproduktion. Auch die Tatsache, dass diverse NGO in Indonesien und auch Public Eye in der Schweiz das Referendum nicht unterstützen, sagt viel über die hohe Qualität des Abkommens aus.

Potenzial nutzen, Impulse setzen

Laut Prognosen könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen. Das Land ist dank seinen zirka 267 Millionen Einwohnern, politischer Stabilität und grossem Investitionsbedarf bei den Infrastrukturen schon heute für viele Schweizer Exporteure wichtig. 2019 wurden Waren im Wert von fast einer halben Milliarde Franken aus der Schweiz nach Indonesien exportiert. Das Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Investitionsbedarf besteht weiterhin. Durch das Freihandelsabkommen wird die rechtliche Grundlage für einen erleichterten Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gelegt. Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die von Corona gebeutelte Wirtschaft neue Impulse zu erzeugen, Chancen zu nutzen und positive Perspektiven zu erzeugen. Das Abkommen verbessert die Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für Schweizer Firmen, was die Investitionen weiter ankurbeln und zahlreiche neue Arbeitsplätze, verbunden mit entsprechenden Ausbildungsperspektiven und guten Anstellungsbedingungen, generieren wird.

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien vereint ökonomische Vorteile auf beiden Seiten, beruhend auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Mit allem gesunden Menschenverstand können wir dazu am 7. März einfach Ja stimmen.

**Christa Markwalder, Nationalrätin BE,
Mitglied Aussenpolitische Kommission**

Auch ein Halloween-Kostüm könnte unter das Verhüllungsverbot fallen.

(Bild: iStock/SeventyFour)



Nutzlos, illiberal und zentralistisch

Nein zu einem schädlichen Verhüllungsverbot

Obwohl es in der Schweiz null Burkaträgerinnen und keine Probleme mit den marginal wenigen Niqabträgerinnen gibt, will eine Initiative ein nationales Verbot erzwingen. Die FDP lehnt diese heuchlerische Initiative, die gegen alle liberalen Grundsätze verstösst und vielfältige Einschränkungen bringt, vehement ab.

Die Verhüllungsverbot-Initiative zielt darauf ab, jegliche Verhüllung des Gesichts an öffentlichen Orten zu verbieten – sei es durch das Tragen einer Kapuze oder eines Schleiers, wie die Burka oder den Niqab. Die FDP ist klar gegen die Initiative, denn Kleiderverbote gehören nicht in die Verfassung. Das Verhüllungsverbot gibt vor, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert. Schliesslich sind die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz Touristinnen, leidtragend wäre also auch der Tourismus-Sektor. Die Initiative schadet jedoch nicht nur dem Tourismus, sondern auch dem Religionsfrieden. Die Initianten verfolgen dabei eine Strategie der Ausgrenzung unter dem Vorwand der Gleichstellung der Frauen und der Sicherheit. Deshalb empfiehlt auch der Bundesrat zusammen mit dem National- und Ständerat, die Volksinitiative abzulehnen.

Keine Kleidervorschriften in der Verfassung

Die alten Zeiten von rigiden staatlichen Kleidervorschriften namentlich für Frauen sind zum Glück vorbei. Hält man den liberalen Grundgedanken

hoch, sollen sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Touristinnen und Touristen so kleiden, wie sie das für angemessen halten.

Die Initiative des nicht besonders frauenfreundlichen Egerkinger Komitees versucht auf heuchlerischem Weg, ein Verhüllungsverbot durchzubringen, und gibt dabei vor, Frauen schützen zu wollen. Das bestehende Recht erlaubt es jedoch bereits heute einzugreifen, wenn jemand gezwungen wird, einen Schleier zu tragen. Ein weitergehendes Verhüllungsverbot führt kaum dazu, dass Frauen vom Tragen der Burka oder des Niqabs befreit werden, sondern, dass diese allenfalls daran gehindert werden, ihr Haus zu verlassen. Zudem: Die einzige Studie zum Thema belegt, dass die wenigen Schweizer Niqabträgerinnen dies freiwillig – oft gegen den Willen ihrer Familie tun, ähnlich wie z. B. Punks.

Hinzu kommt: Der schludrig formulierte Initiativtext verbietet nicht nur Niqabs und Vermummung, sondern auch Verkleidung zu Marketingzwecken oder zu Halloween, ja sogar Sportmaskotten!

Angriff auf den Religionsfrieden

Mit der Vorlage wird bewusst Unmut gegenüber dem Islam gestreut. Es wird ein Problem kreiert, das sich angesichts der verschwindend geringen Zahl betroffener Personen gar nicht stellt. In der Schweiz leben zurzeit 360 000 Muslima und Muslime. Es gibt keine Burkaträgerinnen und zirka 20 bis 35 Niqabträgerinnen. Diese Anzahl ist konstant, somit findet keine, von den Initianten proklamierte, «Islamismuswelle» statt.

Die Initiative gibt weiter vor, die Integration zu fördern, dabei fördert sie nur die Ausgrenzung von bereits hier lebenden Frauen. Die geltende Gesetzgebung sieht zudem bereits heute klare Regelungen vor, wenn sich Personen in der Schweiz bewusst nicht in den Arbeitsmarkt oder die Gesellschaft integrieren wollen, beispielsweise die Verweigerung von Arbeitslosengeld oder Einbürgerung.

Sicherheit wird bereits gewährleistet

Die Angst eines terroristischen Anschlags durch Burkaträgerinnen ist absurd. Es gibt genau null bekannte Fälle von Straftaten durch auffällig verhüllte Frauen in der Schweiz, aber unzählige durch Menschen in unauffälligen Zivilkleidern.

Jeder Kanton kann und soll selbst entscheiden, welche Regeln er in seinem öffentlichen Raum einführen möchte. Die Kantone sollen auch künftig selbst entscheiden können, ob sie ein Verhüllungsverbot wollen oder nicht. Die Kantone St. Gallen und Tessin kennen bereits heute Verhüllungsverbote. Im Kanton Glarus wurde eine ähnliche Vorlage an der Landsgemeinde abgelehnt, ebenso in den Kantonsparlamenten der Kantone Zürich, Solothurn, Schwyz und Basel-Stadt. Ähnlich bei Vermummungsverboten bei Demonstrationen, die viele Kantone kennen, ebenso viele aber bewusst nicht. Diese Initiative greift ohne jegliche Begründung in die kantonale Souveränität ein.

Konstruktiver Gegenvorschlag

Die FDP lehnt die Initiative klar ab, unterstützt jedoch den Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt. Mit ihm wird auf Gesetzesstufe festgelegt, dass alle Personen ihr Gesicht zeigen müssen, wo der Bund sie identifizieren muss, beispielsweise am Zoll oder im ÖV. Wer sich bei einer wiederholten Aufforderung widersetzt, wird mit einer Busse bestraft, und die entsprechende Leistung wird verweigert. Der Gegenvorschlag schränkt die Autonomie der Kantone jedoch nicht ein. Somit würde die Initiative im besten Fall nichts bewirken und im schlechtesten Fall den Religionsfrieden gefährden, dem Tourismus schaden und die liberale Tradition der Schweiz untergraben.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.



«Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

Wofür braucht es eine E-ID? Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance

für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell?

In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Per-

sonen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?

Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermaßen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage? Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegenen Sie diesem Vorwurf? Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschützer hinter dem neuen Gesetz.

Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden? Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht? Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger? Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

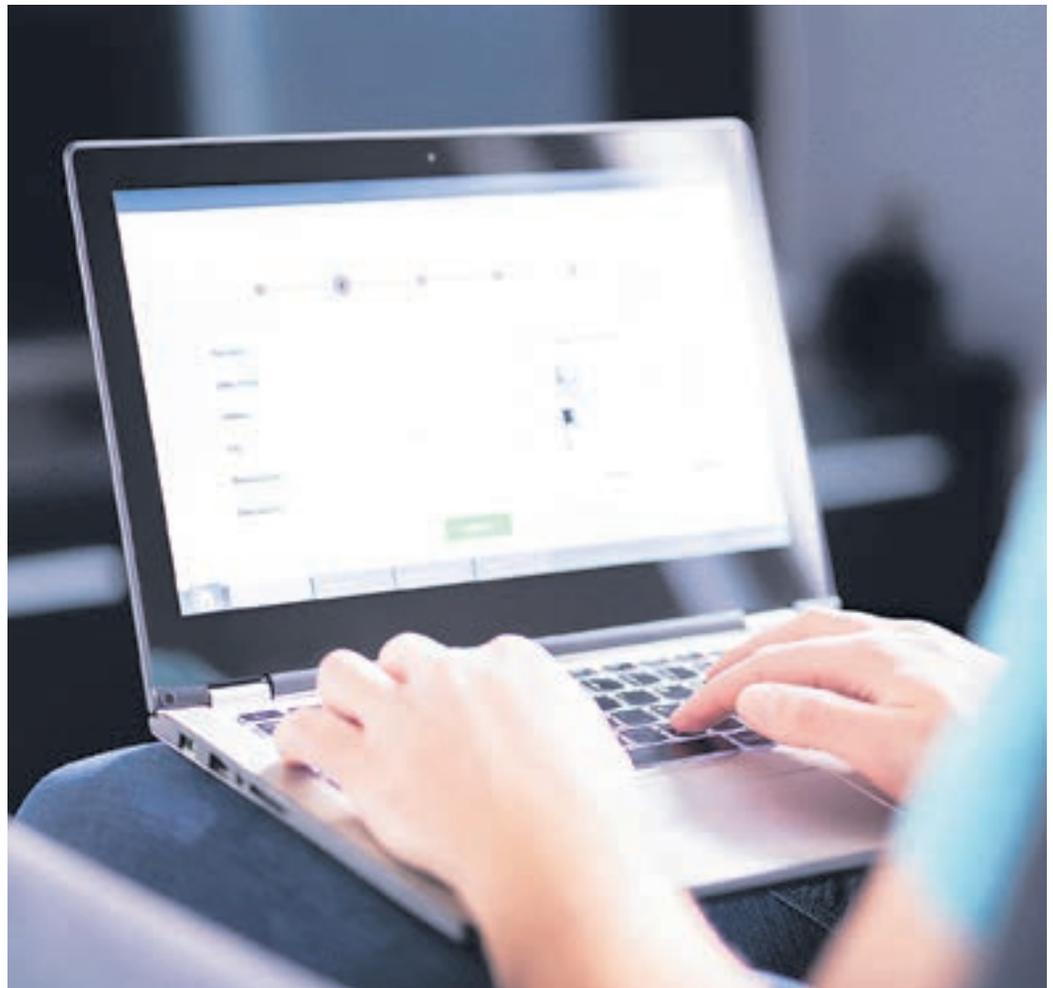
Was geschieht bei einem Nein zur E-ID? Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus? Der Bundesrat wird möglichst rasch die techni-

schen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigungsinitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen? Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

Interview: Marcel Schuler



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.



Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative» sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten.

(Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäussert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest.

Karin Müller



Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.



Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.



Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.



Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.



Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



Für die E-DV war viel Technik nötig.



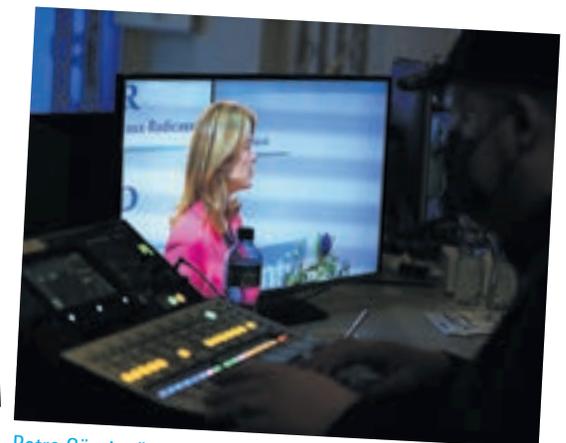
Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.



Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.



Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

Burkainitiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbot es rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtverhüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

«Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Faschnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig

und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtverschleierung im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

«Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument,

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Vertreter der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

«Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtverschleierung und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

Philipp Eng

Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern
Präsident Jungfreisinniger Kanton Solothurn

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»



JA

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)



JA

Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschafts-abkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



**50 Jahre Frauenstimmrecht!
Freisinnige Frauen, die die Geschichte geprägt haben.**

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.



FDP

Die Liberalen

**Eine starke
Partnerschaft
für nachhaltigen
Handel.**

JA

**zum Abkommen
mit Indonesien**

www.indonesien-ja.ch